



Lothar Mark

Mitglied des Deutschen Bundestages
Mitglied des Haushaltsausschusses
Lateinamerika-Beauftragter der
SPD-Bundestagsfraktion

Herrn
Dr. Frank-Walter Steinmeier
Bundesminister des Auswärtigen
Auswärtiges Amt

- per Post austausch -

Postanschrift Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227-77901
Fax: (030) 227-76901
lothar.mark@bundestag.de

Wahlkreis
H2, 4
68159 Mannheim
Tel: (0621) 26050
Fax: (0621) 154749
lothar.mark@wk.bundestag.de

www.lothar-mark.de

Berlin, den 25.04.08/clh

Situation der Menschenrechtsverteidiger in Kolumbien

Sehr geehrter Herr Bundesminister, *Liebe Frank-Walter,*

im Rahmen meiner Gespräche in meiner Funktion als Lateinamerikabeauftragter der SPD-Bundestagsfraktion und zuständiger Berichterstatter im Auswärtigen Ausschuss ist mir in den vergangenen Wochen bereits von verschiedenen Seiten berichtet worden, dass sich die schwierige Situation der sozialen und Menschenrechtsorganisationen in Kolumbien in den letzten zwei Monaten erneut deutlich verschärft hat und überaus besorgniserregend ist.

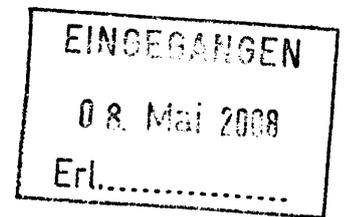
So erhielten in Zusammenhang mit der Vorbereitung einer Demonstration der kolumbianischen „Bewegung der Opfer von Staatsverbrechen“ (*Movimiento de Víctimas de Crímenes del Estado*) Anfang März verschiedene kolumbianische Menschenrechtsorganisationen Drohungen von dem paramilitärischen Verband der „Schwarzen Adler“ (*Águilas Negras*), in denen sie beschuldigt wurden mit der kolumbianischen Guerillaorganisation FARC zusammenzuarbeiten. Wie das Büro der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte in Kolumbien berichtete, wurden auf der Grundlage ähnlicher Anschuldigungen in den vergangenen Wochen bereits mehrere Gemeindeführer, Gewerkschafter und Politiker ermordet.

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der jüngsten Ereignisse im kolumbianischen Binnenkonflikt teile ich die von mehreren Menschenrechtsorganisationen geäußerte Besorgnis. Ich halte es daher für sehr wichtig, hier zum Schutze der Betroffenen im Rahmen der EU-Richtlinien für Menschenrechtsverteidiger aktiv zu werden, um die überaus bedeutende wie risikoreiche Arbeit engagierter zivilgesellschaftlicher Vertreter zu unterstützen.

Aus diesem Grund wäre ich sehr dankbar, wenn das Auswärtige Amt im Rahmen seiner Möglichkeiten mit den betroffenen Menschenrechtsorganisationen Kontakt aufnehmen und eine entsprechende Unterstützung veranlassen könnte, um auf diesem Wege einen wichtigen Beitrag für die Sicherheit der Mitarbeiter und die Anerkennung ihrer Arbeit zu leisten.

Mit freundlichen Grüßen

Lothar Mark



An das
Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Lothar Mark
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Gernot Erler

Staatsminister im Auswärtigen Amt

POSTANSCHRIFT
11013 Berlin

TEL +49 (0)3018 17-2449
FAX +49 (0)3018 17-3289
www.auswaertiges-amt.de

Berlin, den 07. Mai 2008

Sehr geehrter Herr Kollege, *Lieber Lothar,*

haben Sie Dank für Ihr Schreiben vom 25. April 2008 an Bundesminister Steinmeier, in dem Sie auf die Lage der Menschenrechtsverteidiger in Kolumbien aufmerksam machen. Auch MdB Dr. Bärbel Kofler und MdB Wolfgang Gunkel haben sich mit ähnlichen Schreiben in dieser Sache eingesetzt.

Ich teile Ihre Besorgnis über die Lage der Menschenrechtsverteidiger und Nichtregierungsorganisationen in Kolumbien. Drohungen und Gewalttaten haben laut örtlichen Beobachtern seit den Märschen vom 6. März gegen den Paramilitarismus in Kolumbien zugenommen. Das Thema erfährt auch in Kolumbien selbst starke Aufmerksamkeit in den Medien.

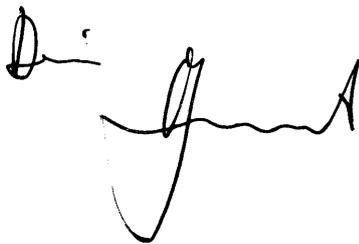
Die deutsche Botschaft befindet sich in regelmäßigem Kontakt mit Menschenrechtsorganisationen, Nichtregierungsorganisationen und dem Büro des UNHCHR vor Ort.

Sie hat unsere Besorgnis über die Situation der kolumbianischen Seite gegenüber immer wieder zum Ausdruck gebracht. So hat es Mitte April eine Demarche unserer Botschaft zu einem konkreten Vorfall, aber auch zur allgemeinen Lage, beim Direktor des Menschenrechtsprogramms der kolumbianischen Regierung, Carlos Franco, gegeben.

Neben der bilateralen Arbeit verfolgt die Botschaft die Menschenrechtslage aber auch im multilateralen EU-Rahmen. Die Verschärfung der Bedrohungslage ist dabei thematisiert worden. Die EU hat am 15. April bei der stellvertretenden Außenministerin, die sich in Begleitung 14 weiterer hochrangiger Vertreter der kolumbianischen Regierung befand, wegen der gegen Menschenrechtsverteidiger gerichteten Drohungen demarchiert. Am 16. April gab es ein erneutes Zusammentreffen der EU-Botschafter mit Vertretern der bedrohten Nichtregierungsorganisationen. Am 25. April hat sich die G24, darunter auch Deutschland, mit Vertretern von Nichtregierungsorganisationen getroffen und die Lage der Menschenrechtsverteidiger erörtert. Die G24-Präsidentschaft (Schweden) hatte das Thema zuvor mit Vizepräsident Santos erörtert.

Sie können versichert sein, dass die Bundesregierung die Gesamtsituation der Menschenrechte in Kolumbien auch weiterhin genau beobachten und sich für den Schutz von Menschenrechtsverteidigern einsetzen wird.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, consisting of a series of loops and a long horizontal stroke.